

# Revolution in Jerusalem

## Zum ersten Mal wählen die Israelis ihren Premier direkt

Das meistbenutzte Etikett für die heutigen Wahlen in Israel ist 'schicksalhaft'. Auf jeden Fall ist das Wörtchen 'revolutionär' gerechtfertigt. Denn zum ersten Mal in der Geschichte Israels wird der Ministerpräsident direkt vom Volk gewählt - wie der amerikanische Präsident. Den zweiten Zettel gibt der Wähler für eine Partei ab. Hier bleibt alles beim alten: beim klassischen Verhältniswahlrecht, nach dem die Sitze den Stimmanteilen der Parteien gemäß besetzt werden und die Parteien per Listenposition den erfolgreichen Kandidaten bestimmen. Die einzige Hürde ist die 1,5-Prozent-Klausel (in Deutschland fünf). Nimmt man an, daß drei Millionen (Gesamtbevölkerung: 5,5) zu Wahl gehen, dann reichen 25 000 Stimmen für einen Knesset-Sitz aus.

Komplizierter wird es beim künftigen Verhältnis Premier-Parlament. Es ist zum Beispiel möglich, daß Schimon Peres als Premier gekürt wird, aber sein Rivale Benjamin Netanyahu eine Mehrheit unter den 120 Abgeordneten der Knesset zusammen-

schirren kann - oder umgekehrt. Was dann? In der Präsidialdemokratie Amerika ist das fast der Regelfall - wie derzeit, wo der Demokrat Clinton das Weiße Haus, die Republikanische Partei beide Häuser des Kongresses beherrscht.

Das funktioniert aus zwei Gründen. Erstens bedeutet Parteizugehörigkeit in Amerika nicht viel; Fraktionsdisziplin ist selten, der Abgeordnete gehorcht tatsächlich seinem Gewissen (oder seinem Interesse) und stimmt kreuz und quer ab. Zweitens: Der US-Präsident hat eigenständige Machtbefugnisse zugehäuft. Der Kongreß kann ihn nicht abwählen, sondern nur unter Staatsanklage stellen, was er noch nie geschafft hat. Dafür kann der Präsident jedes Gesetz per Veto kippen und viele Entscheidungen per Exekutiv-Dekret treffen. Selbst Truppen kann er ohne Zustimmung befristet einsetzen.

In Israel überwiegen die Schwächen. Das Parlament bleibt wegen des reinen Verhältniswahlrechts zersplittert in viele Grüppchen. Es muß das Kabinett absegnen; das heißt,

daß die letzte, die mehrheitsbringende Partei X den höchsten Preis für ihre Zustimmung fordern kann. 61 Mitglieder (die Hälfte plus 1) reichen aus, um den Premier per Mißtrauensvotum aus dem Amt zu kippen und Neuwahlen zu erzwingen. Diese - für die Knesset und den Ministerpräsidenten - stehen auch an, wenn die Knesset das Haushaltsgesetz nicht billigt.

Und die Stärken? Zumindest können die kleinen Parteien nicht mehr bestimmen, wer der Ministerpräsident wird; das tut nun das Volk. Der Premier hat auch eine mächtige Waffe, die er freilich nur einmal benutzen kann. Er kann per Rücktritt das Parlament auflösen und so alle 120 Abgeordnete in Neuwahlen treiben, denen ein Parlamentarier nie freudig entgegensieht. Fazit: Der Premier kann die Abgeordneten feuern, und sie ihn. Das erzwingt Kooperation und nüchternes Abwägen quer durch die Parteien - und mithin ein Maß an Stabilität.

Josef Joffe